

Rede von Michail Gorbatschow vor dem Europarat in Strasbourg

Verehrter Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Ich danke Ihnen für die Einladung, hier, in einem der Zentren der europäischen Politik und der europäischen Idee, eine Rede zu halten. Dieses Treffen können wir wohl auch als einen Beweis dafür ansehen, daß der gesamteuropäische Prozeß eine Realität ist und er sich vorwärtsentwickelt. Jetzt, da das 20. Jahrhundert in seine Endphase eintritt, da die Nachkriegsperiode und der kalte Krieg in der Vergangenheit rücken, bietet sich den Europäern wirklich die einmalige Chance, eine ihrer Vergangenheit, ihres wirtschaftlichen und geistigen Potentials würdige Rolle beim Aufbau einer neuen Welt zu spielen. Die Weltgemeinschaft unterliegt jetzt mehr denn je tiefgreifenden Veränderungen. Viele ihrer Komponenten befinden sich am Wendepunkt ihres Geschicks. Es verändert sich grundlegend die materielle Basis des Lebens, seine geistigen Parameter. Es entstehen neue, immer mächtigere Faktoren des Fortschritts. Neben ihnen, mit ihnen, existieren aber weiterhin, ja wachsen sogar die Gefahren, die mit diesem Fortschritt selbst verbunden sind.

Es ist notwendig, all das unumkehrbar zu machen, was in den Grenzen der heutigen Vernunft liegt, damit der Mensch auch künftig der ihm vorbestimmten Rolle auf diesem Erdball und vielleicht im Weltall gerecht werden, sich an das von Streß erfüllte Neue des heutigen Lebens anpassen und im Kampf um Überleben der heutigen und künftigen Generationen als Sieger hervorgehen kann. Das trifft auf die gesamte Menschheit zu, aber auf Europa dreifach. Sowohl im Sinne der historischen Verantwortung als auch im Sinne des akuten und unaufschubbaren Charakters der Probleme und Aufgaben als auch im Sinne der Möglichkeiten. Die Besonderheit der Situation in Europa besteht ferner darin, daß es das alles in der neuen Etappe der Weltgeschichte nur dann bewältigen, die Hoffnungen seiner Völker rechtfertigen und seine internationale Pflicht erfüllen kann, wenn es seine Integrität anerkennt und die richtigen Schlußfolgerungen zieht.

Im 20. Jahrhundert war die Theorie vom Untergang Europas weit verbreitet. Bei manch einem ist dieses Thema auch heute noch nicht aus der Mode gekommen. Wir teilen nicht den Pessimismus hinsichtlich der Zukunft Europas. Europa hatte früher als andere die Folgen der Internationalisierung zuerst des ökonomischen und dann des gesamten öffentlichen Lebens zu spüren bekommen. Die gegenseitige Abhängigkeit der Länder als höheres Stadium des Internationalisierungsprozesses machte sich hier eher bemerkbar als in anderen Teilen der Welt. Europa war mehrmals den Versuchen ausgesetzt, mit Gewalt vereinigt zu werden. Es kennt aber auch edle Wunschräume von freiwilliger, demokratischer Gemeinschaft europäischer Völker.

Victor Hugo hat gesagt: „Der Tag wird kommen, wenn Du Frankreich, Du Rußland, Du Italien, Du England, Du Deutschland, wenn Ihr Euch alle, alle Nationen des Kontinents, ohne Eure Merkmale und Eure hervorragende Eigenart einzubüßen, untrennbar in eine höhere Gesellschaft zusammenschließt und eine europäische Bruderschaft bildet. Der Tag wird kommen, wenn die für den Handel offenen Märkte und die für Ideen offenen Köpfe zum einzigen Schlachtfeld werden.“

Heute reicht es nicht mehr aus, die Gemeinsamkeit des Schicksals und die gegenseitige Abhängigkeit der europäischen Staaten einfach zu konstatieren. Die Idee der europäischen Einigung muß von vornherein gemeinsam, im Prozeß des gemeinsamen Wirkens aller Nationen, der großen, der mittleren und der kleinen, aufgearbeitet werden. Ist eine solche Fragestellung realistisch? Ich weiß, daß viele im Westen die Hauptschwierigkeit im Bestehen von zwei sozialen Systemen sehen. Die Schwierigkeit besteht jedoch eher in etwas anderem, nämlich in der überaus verbreiteten Überzeugung oder sogar dem politischen Standpunkt, bei denen man unter der Überwindung der Spaltung Europas die Überwindung des Sozialismus versteht. Dies ist aber ein Kurs auf Konfrontation, wenn nicht auf

etwas noch Schlechteres. Ein solches Herangehen führt zu keiner europäischen Einheit. Die Zugehörigkeit der Staaten Europas zu unterschiedlichen sozialen Systemen ist eine Realität, und die Anerkennung dieser historischen Tatsache sowie die Respektierung des souveränen Rechts eines jeden Volkes, die Gesellschaftsordnung nach seinem Ermessen zu wählen, ist die wichtigste Voraussetzung eines normalen europäischen Prozesses.

Die soziale und politische Ordnung in diesem oder jenem Land hat sich in der Vergangenheit verändert und kann sich auch in Zukunft ändern. Dies ist aber ausschließlich Angelegenheit der Völker selbst und deren Wahl.

Jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten und alle Versuche, die Souveränität der Staaten einzuschränken, seien das Freunde und Verbündete oder nicht, sind unzulässig. Die Unterschiede zwischen den Staaten können nicht beseitigt werden. Sie sind sogar, wie besagt wurde, wohlwollend, vorausgesetzt natürlich, daß der Wettbewerb zwischen verschiedenen Gesellschaftsordnungen auf die Schaffung besserer materieller und geistiger Lebensbedingungen für die Menschen orientiert ist. Die Umgestaltung in der UdSSR hat ihre Teilnahme an einem solchen gleichberechtigten, fairen und konstruktiven Wettbewerb möglich gemacht. Bei allen gegenwärtigen Mängeln und bei allem Rückstand sind wir uns der starken Seiten unserer Gesellschaftsordnung wohl bewußt, die sich aus ihren wesensbedingten Charakteristika ergeben, und wir sind davon überzeugt, daß wir sie zum eigenen Nutzen und zum Nutzen Europas werden realisieren können. Ins Archiv gehören die Postulate des kalten Krieges, laut denen Europa als eine in Einflusssphären und irdig jenseits jenseits geteilte Arena der Konfrontation, als Objekt der militärischen Rivalität und ein Kriegsschauplatz betrachtet wurde. In der heutigen, von gegenseitiger Abhängigkeit geprägten Welt erweisen sich die in einer anderen Epoche entstandenen geopolitischen Vorstellungen in der realen Politik als gleichermaßen hilflos, wie die Gesetze der klassischen Mechanik in der Quantentheorie. Indessen wird die Sowjetunion, ausgehend gerade von überholten Klischees, weiterhin, wenn auch in geringerem Maße als früher, verächtlich, hegemonistische Pläne zu hegen und die Absicht zu haben, die Vereinigten Staaten von Europa abzutrennen. Manch einer ist sogar nicht abgeneigt, die UdSSR außerhalb Europas vom Atlantik bis zum Ural zu stellen und Europa auf den Raum zwischen Brest und Brest zu beschränken. Die UdSSR sei angeblich gar zu groß für ein Zusammenleben, die anderen würden sich neben ihr allzu unbehaglich fühlen.

Die Realitäten des heutigen Tages und die Perspektiven für die absehbare Zukunft liegen auf der Hand: Die UdSSR und die Vereinigten Staaten sind ein natürlicher Teil der europäischen internationalen politischen Struktur. Ihre Beteiligung an der Entwicklung Europas ist nicht nur berechtigt, sondern historisch bedingt. Jede andere Betrachtungsweise ist unannehmbar, und sie führt auch zu nichts. Im Laufe der Jahrhunderte hat Europa einen unersetzlichen Beitrag zur internationalen Politik, Wirtschaft und Kultur geleistet, zur Entwicklung der Zivilisation. Seine umfassende historische Rolle wird überall anerkannt und geachtet. Vergessen wir aber auch nicht, daß die Metastasen kolonialer Sklaverei sich von Europa aus über die Welt verbreitet haben. Hier war die Geburtsstätte des Faschismus, hier nahmen die verheerendsten Kriege ihren Ausgang. Und Europa, das zu Recht auf seine großen Leistungen stolz sein kann, hat zur gleichen Zeit seine Schulden gegenüber der Menschheit noch längst nicht beglichen. Das zu tun steht noch bevor. Getan werden muß es, indem man für die Umgestaltung der internationalen Beziehungen im Geiste des Humanismus, der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit kämpft, indem man ein Beispiel an Demokratie und sozialen Errungenschaften in den eigenen Ländern gibt. Der Prozeß von Helsinki hat diese große Arbeit von weltweiter Bedeutung bereits eingeleitet. Wien und Stockholm haben eine prinzipielle neue Richtung eingeleitet. Die dort angenommenen Dokumente sind ein für die heutige Zeit optimaler Ausdruck der politischen Kultur und der moralischen Traditionen der europäischen Völker.

Jetzt müssen wir alle, alle Teilnehmer am europäischen Prozeß, die durch unsere gemeinsame Arbeit geschaffenen Voraussetzungen so umfassend wie möglich nutzen.

Dem dient auch unsere Idee vom gesamteuropäischen Haus. Sie entstand aus der Erkenntnis der neuen Realitäten, aus dem Verständnis dessen, daß eine geradlinige Fortsetzung des Weges, auf dem sich die inneren Beziehungen in Europa bis zum letzten Viertel des 20. Jahrhunderts entwickelt haben, diesen Realitäten nicht mehr entspricht. Die Idee ist verbunden mit unserer



inneren politischen und ökonomischen Umgestaltung, für die neue Beziehungen vor allem zu jenem Teil der Welt erforderlich waren, zu dem wir, die Sowjetunion gehören, und mit dem wir über die Jahrhunderte am stärksten verbunden sind. Wir haben auch berücksichtigt, daß die kolossale Last der Rüstungen, die Atmosphäre der Konfrontation nicht nur einer normalen Entwicklung Europas hinderlich waren, sondern gleichzeitig ökonomisch, politisch und psychologisch die volle Einbeziehung unseres Landes in den europäischen Prozeß behindert und deformierende Impulse in unsere eigene Entwicklung hineingetragen haben. Das sind die Motive, nach denen wir unsere europäische Politik, die für uns übrigens immer eine eigenständige Bedeutung hatte, stark aktivieren wollen. Während der Begegnungen mit europäischen führenden Persönlichkeiten in jüngster Zeit wurden sowohl Fragen der Architektur des gemeinsamen Hauses als auch der Methoden für seine Errichtung und sogar seiner Innenausstattung berührt. Wohlwollend und bedeutsam waren die Gespräche zu diesem Thema in Moskau und Paris mit Präsident François Mitterrand.

Ich erhebe allerdings auch heute keinen Anspruch darauf, ein fertiges Projekt für dieses Haus in der Tasche zu haben. Ich möchte nur über das für meine Begriffe Wichtigste sprechen. Im Grunde geht es um eine solche Umgestaltung der in Europa entstandenen internationalen Ordnung, die die gesamteuropäischen Werte entschieden in den Vordergrund rückt, die es gestattet, das traditionelle Kräftegleichgewicht durch ein Interessengleichgewicht zu ersetzen. Woberü konkret sollte man in diesem Zusammenhang sprechen?

An erster Stelle stehen die Fragen der Sicherheit. Im Rahmen des neuen Denkens haben wir damit begonnen, unsere Vorstellungen über die militärische Konfrontation in Europa, über die Ausmaße der äußeren Bedrohung, über die Bedeutung des Kräftefaktors bei der Festigung der Sicherheit kritisch zu überdenken. Das ist uns nicht leicht gefallen, mitunter war das schmerzhaft. Doch im Ergebnis wurden Entscheidungen getroffen, die es ermöglichten, die Ost-West-Beziehungen aus dem Teufelskreis Aktion-Reaktion herauszubringen.

Zweifellos stellten die gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Bemühungen auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung den Ausgangspunkt dar und spielten dabei eine bedeutende Rolle. Der Vertrag über die Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite (INF) wurde von den Europäern nicht nur gebilligt, viele haben auch zu seinem Abschluß beigetragen. Die Wiener Verhandlungen eröffneten eine grundsätzlich neue Etappe im Prozeß der Rüstungsreduzierung. Daran neh-

men nun nicht nur zwei Mächte teil, sondern 23 Staaten. Alle 35 Teilnehmerländer des gesamteuropäischen Prozesses setzen ihre Tätigkeit zur Ausarbeitung von Maßnahmen zur Vertrauensbildung auf militärischem Gebiet fort. Wenn diese beiden Verhandlungsprozesse auch in verschiedenen Gebäuden stattfinden, sind sie doch eng miteinander verbunden.

Bei der Gestaltung des Friedens in Europa gibt es keine Außenstehenden, und es kann sie auch nicht geben. Hier sind alle gleichberechtigte Partner, und alle, einschließlich der neutralen und nichtpaktgebundenen Länder, tragen ihren Teil der Verantwortung ihren Völkern und Europa gegenüber.

Die philosophische Konzeption des gesamteuropäischen Hauses schließt die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation aus, ja selbst die Möglichkeit der Anwendung oder Androhung von Gewalt, vor allem von militärischer – Bündnis gegen Bündnis oder innerhalb eines Bündnisses – wo auch immer. Sie sieht vor, die Doktrin der Abschreckung durch die Zurückhaltung zu ersetzen. Das ist kein Wortspiel, sondern die vom Leben selbst diktierte Logik der europäischen Entwicklung.

Unsere Ziele bei den Wiener Verhandlungen sind bekannt. Wir halten es für durchaus erreichbar – dafür spricht sich auch der USA-Präsident aus –, in den nächsten zwei bis drei Jahren das Niveau der Rüstungen in Europa wesentlich zu verringern. Selbstverständlich bei Beseitigung aller Asymmetrien und Ungleichgewichte. Ich unterstreiche: alle Asymmetrien, und Ungleichgewichte! Zweierlei Maß darf es dabei nicht geben.

Wir sind davon überzeugt, daß es auch an der Zeit ist, mit Verhandlungen über taktische Kernwaffen zwischen allen interessierten Seiten zu beginnen. Das Endziel ist die vollständige Beseitigung dieser Waffen. Sie bedrohen nicht allein die Europäer, die keineswegs vorhaben, miteinander Krieg zu führen. Aber woza werden sie dann gebraucht, und wer braucht sie? Die nuklearen Arsenale liquidieren oder sie um jeden Preis beibehalten – das ist die Frage. Festigt oder untergräbt die Strategie der nuklearen Abschreckung die Stabilität? Zu diesen Fragen haben die NATO und der Warschauer Vertrag völlig entgegengesetzte Haltungen.

Wir dramatisieren die Unterschiede jedoch nicht. Wir suchen selbst und laden unsere Partner ein, nach Lösungen zu suchen. Betrachten wir doch die Beseitigung der Kernwaffen als einen sich in Etappen vollziehenden Prozeß. Und einen Teil der Strecke, die uns noch von der völligen Vernichtung der Kernwaffen trennt, können die Europäer gemeinsam gehen, ohne ihre Positionen aufzugeben. Die UdSSR kann dabei ihrem Ideal der Kernwaffenfreiheit treu bleiben und der Westen der minimalen Abschreckung. Doch sollte man untersuchen, was hinter dem Begriff „minimal“ steht. Und wo ist die Grenze, hinter der sich das Potential der nuklearen Vergeltung in ein Angriffspotential verwandelt. Hier gibt es viele Unklarheiten. Aber Unausgesprochenes ist ein Quelle von Mißtrauen.

Warum also sollten Experten der USA, der Sowjetunion, Großbritannien, Frankreichs, aber auch der Staaten, auf deren Territorium Kernwaffen stationiert sind, nicht eine tiefgreifende Erörterung dieser Fragen vornehmen. Wenn sie zu irgendwelchen gemeinsamen Einschätzungen gelangen, würde sich das Problem auch auf politischer Ebene einfacher gestalten.

Wenn deutlich wird, daß die NATO-Staaten geneigt sind, mit uns in Verhandlungen über die taktischen Kernwaffen einzutreten, könnten wir – selbstverständlich nach Absprache mit den eigenen Verbündeten – unverzüglich mit weiteren einseitigen Reduzierungen unserer taktischen Nuklearraketen in Europa beginnen. Die Sowjetunion und die anderen Länder des Warschauer Vertrages reduzieren bereits geradlinig unabhängig von den Wiener Verhandlungen einseitig

ihre Streitkräfte und Rüstungen in Europa.

Auch Struktur und Gefechtsstärke werden entsprechend der Verteidigungsdoktrin der vernünftigen Hinlänglichkeit verändert. Diese Doktrin schließt sowohl im Hinblick auf die Menge der Rüstungen und Streitkräfte als auch im Hinblick auf Standortverteilung, Ausbildung und die gesamte militärische Tätigkeit die physische Möglichkeit aus, einen Angriff vorzunehmen und großangelegte Angriffsoperationen zu führen.

In diesem Jahr haben wir mit der Kürzung der Militärausgaben begonnen. Wie dazu im Obersten Sowjet der UdSSR erklärt wurde, sind wir in jedem Fall – wenn es die Umstände erlauben – bereit, deutlich den Anteil unserer Rüstungsausgaben am Nationaleinkommen bereits bis 1995 um ein Drittel bis um die Hälfte zu kürzen.

Wir haben ernsthaft mit der Umstellung der Rüstungsindustrie auf die zivile Produktion begonnen. Mit diesem Problem werden auf die eine oder andere Weise alle am gesamteuropäischen Prozeß beteiligten Länder konfrontiert, die zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch bereit sind. Unserer Meinung nach könnte man gleichfalls die Möglichkeiten der Vereinten Nationen nutzen und zum Beispiel im Rahmen einer europäischen Wirtschaftskommission eine gemeinsame Arbeitsgruppe für die Untersuchung der Probleme der Umstellung der militärischen auf die zivile Produktion bilden.

Ich möchte vor den europäischen Parlamentariern, also vor ganz Europa, ein weiteres Mal über unsere einfachen und klaren Positionen zu den Fragen der Abrüstung sprechen. Sie sind Ergebnis des neuen Denkens und im Namen unseres ganzen Volkes gesetzlich verankert im Beschluß des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR.

Wir sind für eine Welt ohne Kernwaffen, sind für die Beseitigung jeglicher Kernwaffen bis zum Beginn des nächsten Jahrhunderts. Wir sind für die vollständige Beseitigung der chemischen Waffen in aller nächster Zeit und für die Beseitigung der Produktionsbasis zu ihrer Herstellung für alle Zeit. Wir sind für die radikale Reduzierung der konventionellen Rüstungen und Streitkräfte auf ein Niveau vernünftiger Hinlänglichkeit für die Verteidigung, die eine Anwendung militärischer Gewalt gegen über anderen Staaten mit dem Ziel eines Angriffs ausschließt. Wir sind für den vollständigen Abzug aller ausländischen Truppen vom Territorium anderer Länder. Wir wenden uns kategorisch gegen die Entwicklung und Herstellung von Weltraumwaffen jeglicher Art.

Wir sind für die Beseitigung der Militärblöcke und zu diesem Zweck für die unverzügliche Entwicklung des politischen Dialogs zwischen ihnen, um eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, die jegliche Überraschungen ausschließt. Wir sind für eine tiefgreifende, konsequente und effektive Kontrolle aller Verträge und Vereinbarungen, die zu Fragen der Abrüstung abgeschlossen werden können.

Meiner Überzeugung nach ist es höchste Zeit, daß die Europäer ihre Politik und ihr Verhalten in Übereinstimmung bringen mit dem neuen gesunden Menschenverstand. Nicht auf einen Krieg müssen sie sich vorbereiten, nicht einander abschrecken, nicht wetzeln bei der Vervollkommnung der Waffen und erst recht nicht bei Versuchen, die begonnenen Reduzierungen zu kompensieren, sondern sie müssen lernen, gemeinsam Frieden zu schaffen und gemeinsam für ihn feste Grundlagen zu legen.

Wenn die Sicherheit das Fundament des gesamteuropäischen Hauses darstellt, so ist sein tragendes Element die vielseitige Zusammenarbeit.

Zu einem Zeichen für die neue Lage in Europa und auch in der Welt ist in den letzten Jahren der intensive bilaterale wie multilaterale Dialog zwischen den Staaten geworden. Bedeutend erweitert hat sich das Netz von Verträgen, Abkommen und anderen Vereinbarungen. Offizielle Konsultationen zu vielfältigen Problemen sind alltäglich geworden. Erstmals wurden Kontakte zwischen NATO und Warschauer Vertrag, zwischen EG und RGW aufgenommen, ganz zu schweigen von vielen anderen zwischen politischen und gesellschaftlichen Organisationen beider Teile Europas.

Mit Genugtuung haben wir die Entscheidung des Europarates aufgenommen, der Sowjetunion den Status eines speziell geladenen Staates zuzuerkennen.

Wir haben die Entscheidung des Parlaments der Versammlung des Europarates, der Sowjetunion den Sondergaststatus zu verleihen, mit Befriedigung aufgenommen. Wir sind bereit zusammenzuarbeiten, denken aber, daß man auch noch weitergehen könnte. Wir könnten uns einigen, uns für andere Staaten offenen internationalen Konventionen des Europarates anzuschließen, zum Beispiel Konventionen über Ökologie, Kultur, Bildung, Fernsehen. Wir sind bereit, mit speziellen Institutionen des Europarates zusammenzuarbeiten.

In Strasbourg befinden sich die Parlamentarische Versammlung des Europarates, das Europäische Parlament, und wenn unsere Beziehungen ausgebaut und zur Regel werden, würden wir – natürlich mit Einverständnis der französischen Regierung – dort unser Generalkonsulat eröffnen.

Von zweifellos großer Bedeutung für die Dynamisierung des gesamteuropäischen Prozesses sind die interparlamentarischen Beziehungen. Ein wichtiger Schritt wurde bereits getan. Ende vergangenen Jahres fand in Warschau das erste Treffen der Leiter der Parlamente von 35 Ländern statt. Wir haben den Besuch einer Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates unter Leitung des Präsidenten, Anders Björck, in der UdSSR entsprechend gewürdigt. Ich hoffe, sie konnte hautnah den starken und heftigen Puls der sowjetischen Umgestaltung spüren. Für sehr wichtig halten wir die zum Europaparlament aufgenommenen Kontakte. Übrigens haben wir uns mit seiner Resolution zu militärpolitischen Fragen befaßt, die nach dessen eigener Einschätzung das Kernstück des westeuropäischen Konsens auf dem Gebiet der Sicherheit darstellt.

In diesem Zusammenhang muß ich unbedingt über die Pläne der westeuropäischen Verteidigung sprechen. Natürlich hat jeder Staat und jede Staatenvereinigung das Recht, sich Gedanken um die eigene Sicherheit zu machen, und zwar in der Art und Weise, wie sie es für angemessen halten. Wichtig ist aber, daß diese Formen nicht den positiven Tendenzen der Zeit, den Tendenzen zur militärischen Entspannung widersprechen, daß sie nicht zur Wiederbelebung der Konfrontation in der europäischen Politik, das heißt zu einer neuen Runde des Wettrüstens führen. Auf der Tagesordnung steht dringender denn je die Durchführung einer zweijährigen Konferenz wie der von Helsinki in anderthalb bis zwei Jahren. Die jetzige Generation der führenden Repräsentanten europäischer Länder, der USA und Kanadas muß neben den aktuellsten Fragen endlich erörtern, wie sie die nachfolgenden Entwicklungsetappen der europäischen Gemeinschaft, den ökonomischen Inhalt des gesamteuropäischen Hauses im 21. Jahrhundert sieht. Wir halten die Perspektive der Bildung eines umfassenden ökonomischen Raumes vom Atlantik bis zum Ural mit einem hohen Grad an Wechselbeziehungen seines östlichen und westlichen Teils für realistisch, wenn auch noch nicht in nächster Zeit. Der Übergang der Sowjetunion zu einer offeneren Wirtschaft ist dabei von prinzipieller Bedeutung. Und nicht nur für uns allein, für die Steigerung der Effektivität der Volkswirtschaft und für die Befriedigung der Bedürfnisse der Verbraucher. Das verstärkt auch die wechselseitige Abhängigkeit der Wirtschaft von Ost und West. Das wiederum wird sich positiv auf den gesamten Komplex der gesamteuropäischen Beziehungen auswirken. Ähnliche Züge im praktischen Funktionieren der Wirtschaftsmechanismen, bei der Festigung der Beziehungen und des wirtschaftlichen Interesses, der gegenseitigen Anpassung, bei der Ausbildung entsprechender Fachkräfte – das alles sind langfristige Faktoren der Zusammenarbeit, sind der Garant für die Stabilität des europäischen und des internationalen Prozesses überhaupt. Doch auch die Kontakte mit angesehenen Vertretern von Geschäftskreisen Großbritanniens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, der USA während meiner Auslandsreisen und auch mehrfach in Moskau zeugen von einem erhöhten Interesse an Beziehungen zu uns unter den Bedingungen der Umgestaltung. Viele dramatisieren unsere Situation nicht und berücksichtigen die Besonderheiten der gegebenen Situation, in der die Reform die überlebten Mechanismen schneller zerstört als es gelingt, neue in Gang zu setzen.

Ich bemerke die Entschlossenheit erfahrener, politisch weitdenkender Geschäftsleute, ein gerechtfertigtes Risiko einzugehen, Kühnheit an den Tag zu legen, mit Perspektive zu handeln, und dies übrigens nicht nur im Interesse des Geschäfts, sondern auch im Interesse des Fortschritts und Friedens, im allgemeinen Interesse und im Interesse der Menschheit. Man spürt auch, daß folgenden Mechanismen schneller zerstört als es gelingt, neue in Gang zu setzen.

Natürlich stellen wir unsere Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften den Beziehungen zu anderen Vereinigungen oder Staaten gegenüber. Die EFTA-Länder sind seit vielen Jahren unsere guten Partner. Es wäre vielleicht sinnvoll, auch von der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem RGW und der EFTA zu sprechen, auch diesen Kanal der mehrseitigen Zusammenarbeit beim Aufbau eines neuen Europa zu nutzen.

Das gesamteuropäische Haus muß ökologisch sauber gehalten werden. Das Leben hat uns bittere Lehren erteilt. Große ökologische

ehrenwerte Versammlung stimmt zu, daß Wirtschaftsbeziehungen losgelöst von wissenschaftlich-technischen Beziehungen in unserem Jahrhundert etwas nicht ganz Normales sind. Doch mit der COCOM-Liste wurden letzteren wesentliche Verluste beigebracht. Und wenn eine derartige Praxis während des kalten Krieges noch irgendwie gerechtfertigt werden konnte, so nehmen sich heute einige Verbote einfach unsinnig aus. Natürlich sind auch wir noch übermäßig verschlossen, doch wir haben angefangen, uns damit auseinanderzusetzen. Unseren inneren COCOM, die Abschirmung der militärischen von der zivilen Produktion, beginnen wir zu beseitigen, unter anderem durch Umstellung der militärischen auf zivile Produktion. Vielleicht sollten Experten und Vertreter der entsprechenden Regierungen sich einmal all das ansehen, was der kalte Krieg hervorgerufen hat.

Die Geheimhaltung muß auf ein vernünftiges Maß gebracht werden, das wirklich von der Sicherheit gesetzt wird. Wissenschaftliche Erkenntnisse und technische Fertigkeiten müssen in einem normalen Strom in beide Richtungen fließen. Sowohl für den Osten als auch für den Westen Europas sind solche Projekte gleichwohl aktuell wie beispielsweise eine transeuropäische Schnellbahnstrecke, ein europäisches Programm zur Entwicklung neuer Technologien und Technik zur Nutzung der Sonnenenergie, zur Verarbeitung und Lagerung von Nuklearabfällen und zur Erhöhung der Sicherheit von Kernkraftwerken, zusätzliche Kanäle zur Nachrichtenübermittlung durch Einsatz von Lichtleitern, ein europäisches Satellitenübertragungssystem. Außerordentlich interessant ist die Entwicklung hochpräziser TV-Systeme. Daran wird in einer Reihe von Ländern gearbeitet, und sie hat auch für die Einrichtung des europäischen Hauses eine große Zukunft. Natürlich wird die vollkommenste und billigste Variante bevorzugt.

1985 haben Präsident Mitterrand und ich in Paris die Idee unterbreitet, einen internationalen thermonuklearen Versuchsreaktor zu entwickeln. Dies wäre eine nicht versiegende Quelle ökologisch reiner Energie. Unter der Schirmherrschaft der Internationalen Atomenergiebehörde geht dieses Projekt – ein Ergebnis vereiniger wissenschaftlicher Potentiale der UdSSR, der Länder Westeuropas, der USA, Japans und anderer Staaten – ins Stadium „praktischer“ Forschungen über. Nach Prognosen von Wissenschaftlern ist der Bau eines solchen Reaktors bis zum Ende des Jahrhunderts möglich. Das ist ein hervorragendes Ergebnis wissenschaftlichen Denkens und technischen Könnens. Es wird der Zukunft Europas und der ganzen Welt dienen.

Das Modell der ökonomischen Annäherung von Ost- und Westeuropa wird nicht zuletzt von den Beziehungen der westlichen regionalen Vereinigungen EWG und EFTA zum RGW bestimmt. Jede von ihnen hat ihre Entwicklungsdynamik und ihre Probleme. Wir zweifeln nicht daran, daß der Integrationsprozeß mit Westeuropa eine neue Qualität erlangt. Wir wollen nicht das Entstehen eines einheitlichen europäischen Marktes in den nächsten Jahren unterschätzen. Im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wurde auch Kurs genommen auf die Herausbildung eines vereinten Marktes, obwohl wir hier weit zurückgeblieben sind. Das Tempo der inneren Veränderungen im RGW bestimmt vielfach, was sich in den nächsten Jahren besonders schnell entwickeln wird, die Beziehungen zwischen dem RGW und den EG als Gruppierungen oder aber auch zwischen einzelnen sozialistischen Ländern und den EG.

Es ist durchaus möglich, daß mal die eine, mal die andere Form in den Vordergrund tritt. Wichtig ist, daß sie sich beide in die Logik der Herausbildung des gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes einfügen. Was die UdSSR angeht, so stehen wir vor dem Abschluß eines Handels- und Wirtschaftsabkommens zwischen unserem Land und den Europäischen Gemeinschaften. Wir messen diesem Akt auch vom Standpunkt der gesamteuropäischen Interessen eine wesentliche Bedeutung bei.

Natürlich stellen wir unsere Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften den Beziehungen zu anderen Vereinigungen oder Staaten gegenüber. Die EFTA-Länder sind seit vielen Jahren unsere guten Partner. Es wäre vielleicht sinnvoll, auch von der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem RGW und der EFTA zu sprechen, auch diesen Kanal der mehrseitigen Zusammenarbeit beim Aufbau eines neuen Europa zu nutzen.

Das gesamteuropäische Haus muß ökologisch sauber gehalten werden. Das Leben hat uns bittere Lehren erteilt. Große ökologische

ehrenwerte Versammlung stimmt zu, daß Wirtschaftsbeziehungen losgelöst von wissenschaftlich-technischen Beziehungen in unserem Jahrhundert etwas nicht ganz Normales sind. Doch mit der COCOM-Liste wurden letzteren wesentliche Verluste beigebracht. Und wenn eine derartige Praxis während des kalten Krieges noch irgendwie gerechtfertigt werden konnte, so nehmen sich heute einige Verbote einfach unsinnig aus. Natürlich sind auch wir noch übermäßig verschlossen, doch wir haben angefangen, uns damit auseinanderzusetzen. Unseren inneren COCOM, die Abschirmung der militärischen von der zivilen Produktion, beginnen wir zu beseitigen, unter anderem durch Umstellung der militärischen auf zivile Produktion. Vielleicht sollten Experten und Vertreter der entsprechenden Regierungen sich einmal all das ansehen, was der kalte Krieg hervorgerufen hat.

Die Geheimhaltung muß auf ein vernünftiges Maß gebracht werden, das wirklich von der Sicherheit gesetzt wird. Wissenschaftliche Erkenntnisse und technische Fertigkeiten müssen in einem normalen Strom in beide Richtungen fließen. Sowohl für den Osten als auch für den Westen Europas sind solche Projekte gleichwohl aktuell wie beispielsweise eine transeuropäische Schnellbahnstrecke, ein europäisches Programm zur Entwicklung neuer Technologien und Technik zur Nutzung der Sonnenenergie, zur Verarbeitung und Lagerung von Nuklearabfällen und zur Erhöhung der Sicherheit von Kernkraftwerken, zusätzliche Kanäle zur Nachrichtenübermittlung durch Einsatz von Lichtleitern, ein europäisches Satellitenübertragungssystem. Außerordentlich interessant ist die Entwicklung hochpräziser TV-Systeme. Daran wird in einer Reihe von Ländern gearbeitet, und sie hat auch für die Einrichtung des europäischen Hauses eine große Zukunft. Natürlich wird die vollkommenste und billigste Variante bevorzugt.

1985 haben Präsident Mitterrand und ich in Paris die Idee unterbreitet, einen internationalen thermonuklearen Versuchsreaktor zu entwickeln. Dies wäre eine nicht versiegende Quelle ökologisch reiner Energie. Unter der Schirmherrschaft der Internationalen Atomenergiebehörde geht dieses Projekt – ein Ergebnis vereiniger wissenschaftlicher Potentiale der UdSSR, der Länder Westeuropas, der USA, Japans und anderer Staaten – ins Stadium „praktischer“ Forschungen über. Nach Prognosen von Wissenschaftlern ist der Bau eines solchen Reaktors bis zum Ende des Jahrhunderts möglich. Das ist ein hervorragendes Ergebnis wissenschaftlichen Denkens und technischen Könnens. Es wird der Zukunft Europas und der ganzen Welt dienen.

Das Modell der ökonomischen Annäherung von Ost- und Westeuropa wird nicht zuletzt von den Beziehungen der westlichen regionalen Vereinigungen EWG und EFTA zum RGW bestimmt. Jede von ihnen hat ihre Entwicklungsdynamik und ihre Probleme. Wir zweifeln nicht daran, daß der Integrationsprozeß mit Westeuropa eine neue Qualität erlangt. Wir wollen nicht das Entstehen eines einheitlichen europäischen Marktes in den nächsten Jahren unterschätzen. Im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wurde auch Kurs genommen auf die Herausbildung eines vereinten Marktes, obwohl wir hier weit zurückgeblieben sind. Das Tempo der inneren Veränderungen im RGW bestimmt vielfach, was sich in den nächsten Jahren besonders schnell entwickeln wird, die Beziehungen zwischen dem RGW und den EG als Gruppierungen oder aber auch zwischen einzelnen sozialistischen Ländern und den EG.

Es ist durchaus möglich, daß mal die eine, mal die andere Form in den Vordergrund tritt. Wichtig ist, daß sie sich beide in die Logik der Herausbildung des gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes einfügen. Was die UdSSR angeht, so stehen wir vor dem Abschluß eines Handels- und Wirtschaftsabkommens zwischen unserem Land und den Europäischen Gemeinschaften. Wir messen diesem Akt auch vom Standpunkt der gesamteuropäischen Interessen eine wesentliche Bedeutung bei.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Rede von Michail Gorbatschow vor dem Europarat in Strasbourg

(Fortsetzung von Seite 3)

Probleme in Europa sind längst über die nationalen Rahmen hinausgewachsen, und die Herausbildung eines regionalen Systems ökologischer Sicherheit ist dringend geboten. Es ist durchaus möglich, daß der gesamteuropäische Prozeß gerade in dieser wahrhaft vorrangigen Richtung am schnellsten vorankommt. Zum ersten Schritt könnte die Erarbeitung eines langfristigen kontinentalen ökologischen Programms werden. Bekannt ist unser Vorschlag über die Gründung eines Zentrums für dringende ökologische Hilfe bei der UNO. Ein solches Zentrum beziehungsweise eine Agentur mit einem Benachrichtigungs- und Kontrollsystem ist in Europa dringend notwendig.

Zu überlegen wäre vielleicht die Gründung eines gesamteuropäischen Instituts für ökologische Forschung und Begutachtung und im weiteren Verlauf auch die Schaffung eines Organs, das beauftragt ist, verbindliche Entscheidungen zu treffen. Auf Beschluß des Wiener Treffens wird im Herbst dieses Jahres in Sofia ein Forum der 35 Länder zu ökologischen Fragen durchgeführt. Bei diesem Treffen könnten diese Probleme schon praktisch angegangen werden.

Immer größere Schäden erleidet die Menschheit durch natürliche und technische Katastrophen. Jedes Jahr müssen Zehntausende oder gar Hunderttausende Menschen sterben. Die Beseitigung der Folgen kostet immense Mittel. Die Wissenschaftler schlagen Alarm. Die Verwundbarkeit der Großstädte gegenüber Naturkatastrophen nimmt zu. Wir kennen umfassende Projekte zur Bekämpfung dieser wachsenden globalen Bedrohung. Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR hat ein internationales Institut für die Prognostizierung von Erdbeben gegründet, und sie fordert die Wissenschaftler der ganzen Welt auf, sich an der Schaffung der wissenschaftlichen Basis für Probleme der Sicherheit der Großstädte, die Vorhersage von Dürre- und anderen eventuellen Klimakatastrophen zu beteiligen.

Die Sowjetunion ist bereit, für diese Zwecke Satelliten, Hochseeschiffe und neue Technologien zur Verfügung zu stellen. Es wäre wohl zweckmäßig, auch Militärdienste verschiedener Länder, insbesondere die medizinischen und ingenieurtechnischen Dienste, in die internationale Rettungs- und Wiederaufbautätigkeit einzubeziehen.

Der humanitäre Inhalt des gesamteuropäischen Prozesses ist von ausschlaggebender Bedeutung. Die Welt, in der die Rüstungsarsenale zwar reduziert, die Menschenrechte aber verletzt werden, kann sich nicht sicher fühlen. Das ist unsere endgültige und unumstößliche Meinung. Die auf dem Wiener Treffen getroffenen Entscheidungen bedeuten einen wahren Durchbruch in dieser Hinsicht. Es wurde ein ganzes Programm von gemeinsamen Aktionen der europäischen Länder beschlossen, das die unterschiedlichsten Maßnahmen umfaßt. Erzielt wurde Übereinstimmung in vielen Fragen, die noch bis vor kurzem Stein des Anstoßes in den Beziehungen zwischen Ost und West waren. Wir sind überzeugt, daß der gesamteuropäische Prozeß eine zuverlässige Rechtsgrundlage erhalten muß. Das gesamteuropäische Haus stellen wir uns als eine Rechtsgemeinschaft vor, und wir bewegen uns auch schon in dieser Richtung.

Im Beschluß des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR heißt es unter anderem: „Gestützt auf internationale Normen und Prinzipien, darunter auch auf die in der allgemeinen Deklaration über die Menschenrechte sowie in den Abkommen von Helsinki und in den Vereinbarungen des Wiener Treffens, wird die UdSSR durch die Angleichung der innerstaatlichen Gesetzgebung an diese zur Schaffung einer Weltgemeinschaft von Rechtsstaaten beitragen.“ Europa könnte hierbei beispielgebend sein. Natürlich schließt seine völkerrechtliche Integrität nationale und soziale Besonderheiten der Staaten ein.

Jedes europäische Land wie auch die USA und Kanada haben ihre Grundsätze und Traditionen im humanitären Bereich, wenn auch allgemein anerkannte Normen und Prinzipien existieren. Es wäre wohl nützlich, die Gesetze auf dem Gebiet der Menschenrechte zu vergleichen und dazu entweder eine spezielle Arbeits-

gruppe oder so etwas wie ein europäisches Institut für den Vergleich des humanitären Rechts zu bilden. Angesichts der Unterschiede der Gesellschaftssysteme werden wir wohl keine völlige Übereinstimmung der Standpunkte erreichen. Wie aber Wien und die jüngsten Konferenzen in London und Paris zeigten, gibt es gemeinsame Standpunkte und Herangehensweisen, die erweitert werden könnten. Das läßt uns von der Schaffung eines europäischen Rechtsraums sprechen. Auf dem Forum zu humanitären Fragen in Paris haben die Sowjetunion und Frankreich gemeinsam eine entsprechende Initiative unterbreitet. Dieser haben sich auch die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei angeschlossen.

Die kulturelle Zusammenarbeit bedarf einer wesentlichen Erweiterung. Erforderlich ist ein tiefergreifendes Zusammenwirken auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften. Erforderlich ist ein neues Niveau des Informationsaustauschs. Kurzum, es ist notwendig, den Prozeß des gegenseitigen Kennenlernens der Europäer zu intensivieren. Dabei könnte das Fernsehen eine besondere Rolle spielen, das die Möglichkeit bietet, Kontakte nicht zwischen Hunderten und Tausenden von Menschen, sondern zwischen Dutzenden, ja Hunderten Millionen herzustellen. Es gibt hier aber auch bestimmte Gefahren, und man muß sie sehen. Theaterbühnen, Filmhäuser, Ausstellungshallen und Verlage werden von kommerzieller Pseudokultur überschwemmt, die Europa fremd ist.

Es kommt auch zur Vernachlässigung der Nationalsprache. All das erfordert unsere gemeinsame Aufmerksamkeit und gemeinsame Arbeit im Sinne der Achtung der wahren nationalen Werte aller. Vorstellbar sind der Austausch von Erfahrungen bei der Bewahrung des kulturellen Erbes, Maßnahmen, die den europäischen Völkern das gegenseitige Kennenlernen der Originalität ihrer heutigen Kultur gestatten, sowie die kollektive Unterstützung beim Erlernen der Sprachen. Möglich wäre auch die Zusammenarbeit bei der „Erhaltung“ historischer und kultureller Denkmäler, die gemeinsame Produktion von Film-, Fernseh- und Videofilmen, die die Errungenschaften der nationalen Kulturen und die besten Werke künstlerischen Schaffens der Vergangenheit und Gegenwart propagieren.

Meine Damen und Herren! Die Europäer können auf die Herausforderungen des bevorstehenden Jahrhunderts nur antworten, wenn sie ihre Anstrengungen vereinen. Wir sind davon überzeugt, die Europäer brauchen ein Europa, und zwar ein friedliches und demokratisches, das seine ganze Vielfalt beibehält und an den allgemeinen humanistischen Idealen festhält. Ein aufblühendes Europa, das der ganzen übrigen Welt die Hand entgegenstreckt. Ein Europa, das zuversichtlich in das Morgen geht. In einem solchen Europa sehen wir die eigene Zukunft. Die Umgestaltung, die sich die tiefgreifende Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft zum Ziel gesetzt hat, bestimmt auch unsere auf die Entwicklung Europas genau in diesem Sinne gerichtete Politik. Die Umgestaltung verändert unser Land, führt es zu Neuem. Dieser Prozeß wird weiter fortschreiten, sich vertiefen und die sowjetische Gesellschaft in jeder Beziehung verändern: in der Wirtschaft, im sozialen, politischen und geistigen Bereich, in allen inneren Angelegenheiten und in den Beziehungen zwischen den Menschen.

Diesen Weg haben wir entschlossen und unwiderruflich eingeschlagen. Das findet seine Bekräftigung in dem Beschluß des Kongresses der Volksdeputierten über die Grundrichtungen der Innen- und Außenpolitik der UdSSR, eines Dokuments, das im Namen des Volkes diese unsere Entscheidung, diesen unseren Weg der Umgestaltung festgeschrieben hat. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf diesen Beschluß lenken. Er ist von programmatischer, revolutionärer Bedeutung für die Geschichte des Landes, das Sie selbst als Supermacht bezeichnen. Als Ergebnis der Umsetzung dieses Beschlusses werden Sie, Ihre Regierungen, Parlamente und Völker es bald mit einem völlig anderen sozialistischen Staat zu tun haben als bisher. Und das wird sich, muß sich unweigerlich günstig auf den gesamten internationalen Prozeß auswirken.

Ich danke Ihnen!

XIII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in der KDVR



Es berichtet die Festivalredaktion

Beste Wünsche dem freien Namibia

Solidaritätsmeetings auch mit dem Volk Chiles und den Staaten der Karibik

Mögen Namibias Volk und seine Jugend endlich in Freiheit leben, ohne fremde Einmischung und in Frieden, mögen die freien Wahlen in diesem Land dem Willen seiner Menschen Ausdruck geben. Dies bekräftigten am Donnerstag junge Patrioten aus den Frontstaaten im Süden Afrikas gemeinsam mit Weltfestspielteilnehmern vieler Länder und Einwohnern Phjongjangs auf einer Solidaritätskundgebung im Käson-Jugendpark.

Auf der Rednertribüne wehten die blau-rot-grünen Fahnen der Befreiungskämpfer des namibischen Volkes. Bildnisse von SWAPO-Präsident Sam Nujoma und ANC-Führer Nelson Mandela waren zu sehen. Die Redner, unter ihnen Eberhard Aurich, wurden mit leidenschaftlichen Sympathiebekundungen und starkem Beifall unterstützt: „SWAPO – Namibia“ und „Solidarität für immer“. Hochrufe auf Angola und Kuba hallten über den Platz.

Große Zustimmung fanden die Worte eines Vertreters des ANC von Südafrika, der unterstrich, man habe gemeinsam im Kampf gestanden und werde gemeinsam die Unabhängigkeit Namibias feiern. Auch Sprecher der Jugendverbände Kubas, Angolas und Rumänens sowie der Internationalen Union der Sozialistischen Jugend brachten ihre Unterstützung für das heldenhafte und gerechte Streben des namibischen Volkes nach Unabhängigkeit zum Ausdruck.

Weitere Meetings der Solidarität galten an diesem Tag den Patrioten Chiles sowie den Völkern der Karibik in deren Widerstand gegen die aggressive Außenpolitik der USA.



Begehrter Schutz gegen die Sonnenhitze sind die Hüte aus Reisstroh. (Telefoto: Schmidt)

Karneval: Das war neu in Phjongjang

Das gab es in Phjongjang noch nicht: Karneval! Die Weltfestspiele brachten ihn nach Asien. In einem bunten Pulk zogen Jugendliche aus vielen Ländern singend und tanzend durch das Zentrum der abendlichen Millionenstadt. Tausende Einwohner Phjongjangs säumten die Straßen.

Die Akzente in dem bunten Treiben setzten die Delegierten aus Lateinamerika. Mit ihren heißen Rhythmen steckten die in farbenprächtigen Kostüme und Trachten gekleideten Festivalteilnehmer alle anderen an. Erst am späten Abend verabschiedeten sich Gastgeber und Gäste mit einem bunten Reigen vor dem Käson-Jugendpark.

Mosaik

Jüngste Maler. Nur drei Jahre alt und doch schon über die Grenzen seines Landes hinaus bekannt ist Han Songil. Mit Phantasie, Geschick und Sinn für Farbe führt der koreanische Junge bereits den Pinsel. Zwei seiner Gemälde – „Traube“ und „Bambus“ – werden in der großen Ausstellung von Kinderzeichnungen, in der rund 500 Arbeiten zu sehen sind, gezeigt.

Philatelistische Kostbarkeit. Seine Briefmarkensammlung zur Geschichte der Weltfestspielbewegung zeigt Jiri Svoboda aus Karlovy Vary im Foyer des Phjongjanger Hotels der Jugend. Die Ausstellung enthält philatelistische Belege aller bisherigen Festivals – von Prag 1947 bis Moskau 1985.



Ein Bild, charakteristisch für diese Tage: Jugendliche im Dialog. Hier Petra Schwarz, Peter Wohlfahrt und Huck Chaumtancy (USA) beim Treffen im DDR-Klub. (Telefoto: Oberst)

Festivalgeschichte zeigt: eine Allianz aller Friedenskräfte ist möglich

Lebhafte Debatte über die Konsequenzen aus dem zweiten Weltkrieg

Als sich das vorgesehene Präsidium für die Diskussion in der UNESCO-Bibliothek des Großen Studierpalastes verspätete, eröffnete die Anwesenden die Runde kurzerhand „eigenmächtig“ – ein Zeichen dafür, wie wichtig sie das Thema „Lehren und Konsequenzen des zweiten Weltkrieges für die Weltjugend von heute“ nahmen.

Viel Beifall gab es für die Mitteilung der Japanerin Naomi Ito, daß ihre Delegation während der Tage in Phjongjang bereits nahezu 20 000 Unterschriften unter den Appell von Hiroshima und Nagasaki gesammelt hat, der das Verbot und die Liquidierung der Nuklearwaffen fordert.

Als erster in der Diskussion meldete sich Uwe Erfurth, FDJ-Sekretär an der Akademie der Wissenschaften der DDR, zu Wort. Aus der Tatsache, daß beide Weltkriege von deutschem Boden ausgingen, leitete er die besondere Friedensverantwortung der beiden deutschen Staaten ab. Allerdings hätten diese sehr unterschiedliche Wege eingeschlagen. Auf einseitige Truppen- und Rüstungsreduzierungen, wie sie die DDR praktiziert, sei die BRD eine adäquate Antwort bisher schuldig geblieben. Überdies beunruhige ihn sehr, daß BRD-Neonazis nun ins Europaparlament eingezogen seien.

Im Dialog über wichtigstes Ziel: Nie wieder Krieg!

Begegnung im Festivalklub mit Delegation aus der BRD

Wo bei einem Forum wie den Weltfestspielen freimütig politische Überzeugungen vertreten und diskutiert werden, wo über unterschiedliche politische Ansichten und Weltanschauungen hinweg der Dialog und Gemeinsames gesucht werden, gehört auch eine Begegnung zwischen den Festivaldelegierten der DDR und der BRD zum Programm. Das war schon in Moskau 1985 so, und das war am Donnerstag so, als Vertreter zahlreicher in der BRD-Abordnung vertretenen Jugendverbände als Gäste im Nationalen Festivalklub der DDR begrüßt wurden.

Eberhard Aurich, 1. Sekretär des FDJ-Zentralrates, lud dazu ein, an diesem Nachmittag in Phjongjang sich auszutauschen über die gemeinsame Verantwortung für den Frieden und die Zusammenarbeit. Die Mitglieder der FDJ und die Delegierten von rund 15 Jugendverbänden aus der BRD machten von diesem Angebot regen Gebrauch.

„Seit dem auch von unseren beiden Delegationen mitgetragenen Abschlusappell von Moskau“, sagte Eberhard Aurich zur Begrüßung, „wurde viel getan von uns, von der demokratischen Weltjugendbewegung für Frieden, Freundschaft und anti-imperialistische Solidarität.“ Als zweifelhlos wichtiges und als ein ermutigendes Ergebnis des Einsatzes auch der demokratischen Jugendorganisationen beider deutscher Staaten hob Eberhard Aurich die Tatsache hervor, daß begonnen wurde, das nukleare Teufelszeug von deutschem Boden zu verbannen.

An den Besuch Erich Honckers 1987 in der BRD und die gemeinsam mit Bundeskanzler Kohl unterzeichnete Erklärung, alles dafür zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern nur noch Frieden ausgeht, erinnerte, bezeichnete er den bevorstehenden 50. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges als Mahnung an die Jugend beider deutscher Staaten, mit aller Kraft für die Erhaltung des Friedens einzustehen. In diesem Sinne habe die FDJ in diesem Jahr gemeinsam mit verschiedenen BRD-Jugendorganisationen wichtige Initiativen entfaltet, so mit dem Deutschen Bundesjugendring einen Antifaschistischen Jugendmarsch vereinbart, mit den Jungsozialisten ein Internationales Kolloquium, mit der Bewe-

Koreaner Rjo Songhuns das Gespräch fort. Der Sieg über den Faschismus im zweiten Weltkrieg sei dank vereinter Anstrengungen der Völker errungen worden. Einer ebensolchen Vereinigung der Kräfte bedürfte es, damit die Kriegsgefahr endgültig beseitigt werde.

Unterschiedlich waren Argumente und Forderungen in der lebhaften Debatte: „Eine Lehre des zweiten Weltkrieges besteht darin, daß man gegen alle Ideologien kämpfen muß, die den Rassismus – in welcher Form auch immer – propagieren“, hob der Inder Manish Tewari hervor. „Die UNO in ihrer friedenserhaltenden Mission muß gestärkt werden“, fügte der Äthiopier Addis Asteray hinzu. Ibrahim Hallack aus Brasilien verwies auf den Zusammenhang zwischen Friedenskampf und Förderung des gesellschaftlichen Fortschritts in den Entwicklungsländern. Konstantin Pleschakow aus der UdSSR betonte: „Wir haben nur eine Erde. Sie muß unser gemeinsames Haus werden, nicht unser gemeinsames Grab!“ Bei aller Vielfalt war man sich doch einig in der Schlußfolgerung, die Sergiusz Najar als Vertreter des Internationalen Studentenförderungsbundes in die Worte faßte: „Um den Frieden zu erhalten, brauchen wir eine möglichst breite Allianz. Und wie die Festivalbewegung – selbst ein Kind der Nachkriegsentwicklung – zeigt, ist eine solche Allianz möglich.“



„Nie wieder Hiroshima!“ Nahezu 20 000 Unterschriften stehen schon unter dem Appell der japanischen Delegation. (Telefoto: Oberst)

Apartheid steht am Pranger

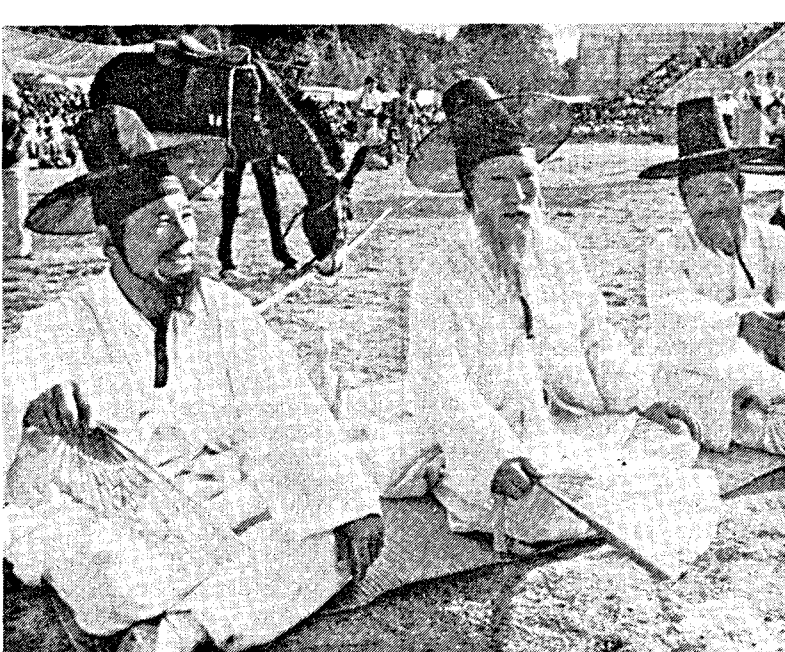
Anhörung zu Verbrechen Pretorias

„Mit Sonderanhörungen“ setzte am Donnerstag das Zentrum der Antimperialistischen Solidarität seine Tätigkeit fort. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Aktionen und Maßnahmen zur Unterstützung des Kampfes der Völker um Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit. Als eklatante Verletzung grundlegender Menschenrechte verurteilten Vertreter Kubas, Nikaraguas, Zaires, der CSSR, der UdSSR sowie weiterer Staaten und nicht-staatlicher Organisationen die südafrikanische Apartheidspolitik. Der Generalsekretär der Vereinigten Nationalen Unabhängigkeitspartei Sambia, Alexander Grey Zulu, der als Ehrengast des Festivals vor dem Forum sprach, rief zur weltweiten Unterstützung des Kampfes gegen die Rassendiskriminierung in Südafrika auf. Zugleich forderte er die strikte Einhaltung des UNO-Planes zur Verwirklichung der Unabhängigkeit Namibias.

Medaillen für die Meister der Zukunft

Zwei Gold-, eine Silber- und zwei Bronzemedailles bringen FDJler von der Internationalen Wissenschaftsausstellung mit. Neben der KDVR, der UdSSR, der CSSR und Japan schnitt die DDR damit am erfolgreichsten unter den 15 Teilnehmerländern dieser Exposition ab, die den Leitgedanken trug: Meister der Zukunft ist die Jugend. Eine internationale Jury wählte die besten Exponate aus und ehrte am Donnerstag im alten Pionierpalast die Sieger.

Ehrendiplome der Internationalen Kunstausstellung des Festivals erhielten vier junge Künstler unserer Republik.



Koreaner in historischer Tracht beim Folklorefestival. (Telefoto: Horn)

Jacob Sollo Selebi:

Solidarität gibt neue Kraft im gerechten Kampf

Das Welttreffen habe es bisher nicht gegeben, mit vielen Delegationen zu sprechen und über den Kampf ihres Volkes zu berichten, sagte uns Jacob Sollo Selebi, Leiter der Jugendsektion der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC. „Wir haben hier überall gespürt, wie sehr sich die Jugend der Welt mit uns verbunden fühlt. Wir bedanken uns ganz besonders herzlich bei der Jugend der DDR für ihre tatkräftige Solidarität. Sie gibt uns neue Kraft in unserem Kampf. Ohne die Unterstützung der FDJ wären wir noch nicht so weit. Auch die Ausbildung von jungen Kadern durch die Freundschaftbrigade der FDJ in Tansania ist schon jetzt sehr wertvoll für die zukünftige Zeit eines freien Südafrika. FDJler sind mit der stärksten Kampferfahrung der Freiheit von Nelson Mandela.“



Jacob verwies darauf, daß die Jugend eine Rolle im Kampf gegen die Apartheid spiele. Sie sei in Massenorganisationen aktiv, in den Leitungsstrukturen und den Kampfformationen des ANC. Und mit Blick auf die nächsten Weltfestspiele sagte der afrikanische Freund: „Wir hoffen, daß Nelson Mandela dann zu unserer Delegation gehört. Dafür kämpfen wir.“

André Tollet: Wider die Gefahr des Neonazismus

André Tollet wurde den Festivaldelegierten im großen Phjongjanger Kulturpalast als Veteran des Friedenskampfes vorgestellt. Mit gutem Recht, wie sich im Gespräch mit dem 76jährigen Franzosen herausstellte. Als ehemaliger antifaschistischer Widerstandskämpfer ist er heute Präsident des Pariser Komitees und des Museums der Résistance.



Sein Anliegen? „Der Jugend die Lehren des zweiten Weltkrieges zu vermitteln, der 50 Millionen Menschenleben ausgelöscht hat, allein 20 Millionen in der Sowjetunion.“ Vor allem gehe es ihm darum, die Ursachen des Krieges aufzudecken und seine Urheber bloßzustellen. Das Wissen darum sei wichtig, wenn man einen neuen Krieg verhindern wolle. „Der Faschismus, der den zweiten Weltkrieg vom Zaun brach, hatte seinen Nährboden in der ökonomischen und sozialen Krise des Imperialismus. Eben weil heute wieder Hunderttausende Jugendliche in Frankreich, der BRD, Italien ohne Arbeit und ohne Perspektive sind, suchen sie einen Ausweg bei neofaschistischen und neonazistischen Parteien.“ Für André Tollet ist das Beweismittel, daß die Wiederbelebung des Faschismus in Westeuropa seine Wurzeln im modernen Imperialismus hat.

Um so mehr ist der greise Franzose darüber erfreut, daß er sich in Phjongjang im Kreise engagierter junger Friedenskämpfer befindet, darunter die Vertreter der DDR, in der Faschismus und Rassismus keine Chance haben. „Die Jugend muß in der ersten Reihe des Kampfes gegen den Krieg stehen. Zumindest: Bisherige Kriege wurden mit konventionellen Waffen geführt, ein künftiger Weltkrieg wäre dagegen ein nuklearer“, warnt der Veteran der Résistance.

...Souvenirs, Souvenirs...

Was nimmt man außer ungezählten Eindrücken, Erfahrungen und Erkenntnissen aus der Festivalstadt mit nach Hause? Natürlich Souvenirs! Keine leichte Sache die Auswahl – bei dem Angebot! Ein heißer Tip allerdings ist der Open-Air-Kunstmarkt am Ufer des Tädong. An Hunderten Ständen präsentieren hier Maler und Kunsthandwerker des Gastgeberlandes ihre Arbeiten. Begehrte sind vor allem traditionelle Produkte wie Vasen, Schalen und Figuren aus dem vor 1500 Jahren erfundenen grau-grünen Korjo-Porzellan. Aber auch „Nadelmalereien“, hauchzarte Seidenstickereien, die tatsächlich wie mit feinem Pinsel gemalt erscheinen, stehen hoch im Kurs. Motive sind vor allem Hirsch, Kranich, Schildkröte und Wolke – seit Jahrhunderten Symbole für ein langes Leben. 230 000 Artikel sollen es insgesamt sein. Wer die Wahl hat, hat die Qual...